

Protokoll
der 28. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 01.06.2004

Beginn : 16.30 Uhr **Ende:** 19.43 Uhr

Tagungsort : Rathaus Zehlendorf, alter BVV – Saal

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Bürgerfrageviertelstunde

Zur Bürgerfragestunde hat sich Hr. G., Elternvertreter der Integrationskita am Teltower Damm, angemeldet.

Hr. G. erörtert, dass aufgrund der Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern, die Räumlichkeiten der Integrationskita der Schweizerhof-Grundschule zur Verfügung gestellt werden sollen und die Gruppen der Integrationskita in die Räume der Sonderkita umziehen. Stellvertretend für alle Eltern möchte er nun gerne wissen, ob dies zu 100 % fest steht, dass dieser Umzug stattfinden wird und ob die Betreuung der Kinder weiterhin unter der bisherigen Leitung, Fr. Müller-Wrana, erfolgt.

Fr. Otto antwortet, dass momentan ca. 17 Standorte ermittelt wurden, in der die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern erfolgen könnte. Hierzu zählt auch die Integrationskita am Teltower Damm für die Hortkinder der Schweizerhof-Grundschule. Es handelt sich hierbei aber noch um eine Grobplanung. Die Detailplanung erfolgt in den kommenden Monaten. Für den Bezirk steht aber außer Frage, dass den bestehenden Integrationskitas eine besondere Bedeutung zugemessen wird. Daher kann die Frage betreffend des Umzuges der Gruppen unter Beibehaltung der bisherigen Leitung nicht mit 100 %iger Sicherheit zugesichert werden. Jedoch ist es oberstes Ziel, dort wo Änderungen unabweisbar sind für die Kindergruppen die ihnen vertrauten Erzieher/innen zu erhalten. Bei einem Standortwechsel der Integrationskita soll das erfolgreich Konzept Fortsetzung erfahren.

Hr. Karnetzki stellt zusammenfassend fest, dass der momentane Planungsstand beschrieben ist, z.Zt. aber leider keine 100 %ige Beantwortung der Fragen erfolgen könne.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Mit folgenden Änderungen wird die Tagesordnung genehmigt:

- Unter TOP 7 wird "CDU" gestrichen, da Fr. BV Wagner fraktionslos ist und auch nicht der CDU sondern der PDS angehört.
- Aufgrund des Erscheinens und der Bitte um die Möglichkeit der Stellungnahme von Vertretern der KLAX gGmbH betreffend die Kita Baseler Str. wird dies als TOP 4a eingefügt.
- Der TOP 8 wird als TOP 5a vorgezogen.

TOP 3: Genehmigung der Protokolle der 25. Sitzung am 02.03.2004 und der 26. Sitzung am 30.03.2004

Die Protokolle werden ohne Änderungswünsche angenommen.

TOP 4: Geschäftliche Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 4a: KLAX gGmbH

Einführend erklärt der Vorsitzende, dass er sich über das Schreiben der KLAX gGmbH an alle JHA-Mitglieder sehr gewundert hat, in dem gefordert wurde, dass ein Nachweis über die Einladung von KLAX zur letzten Sitzung des JHA zu erbringen wäre. Aus der Formulierung könnte man schließen, dass dem JHA-Vorsitzenden unterstellt wird, dass er nicht die Wahrheit sagen würde, was nicht der Fall sei. Er hoffe, dass dies nicht so gemeint war.

Hr. Müller versichert, dass KLAX keine Einladung erhalten hat und hält in solchen Fällen den E-Mailverkehr auch nicht als die sicherste Form. Hr. Müller verliest noch einmal den Beschluss des JHA's vom 04.05.2004. Hr. Müller fragt nach, ob es dem JHA lediglich um das Kitagebäude oder auch um das Konzept, also um Bedürfnisse von Kindern geht.

Hr. Müller erklärt, dass die KLAX gGmbH bezüglich des favorisierten Konzeptes die Kita unter diesen baulichen Bedingungen nicht betreiben kann und verweist auf das Schreiben von KLAX, welches den Mitgliedern des JHA postalisch zugegangen ist, vom 27.05.2004. Aus dem Anhang des Schreibens geht auch hervor, dass die Planung für das Projekt Baseler Str. im Jahr 2000 abgeschlossen war.

Auf Nachfrage von Fr. Kindler, ob KLAX immer neue Gebäude erhält oder auch bereits bestehende Einrichtungen übernimmt, erklärt Hr. Müller, dass KLAX seit 1995 weitgehend im Ostteil der Stadt tätig ist und überwiegend bestehende Gebäude übernommen hat. Die im Unternehmen üblichen pädagogischen Konzepte hätten auch dort entsprechende Umbaumaßnahmen erforderlich gemacht. Daher habe KLAX im Jahr 2001 einen eigenen Architekten beauftragt, der für die Bundesbaubehörde eine Minimal- wie auch Maximalvariante für die Kita Baseler Str. entworfen hat, die die für die Konzeptinhaltung erforderlichen getrennten Bereiche für die Gruppen beinhalten. Die Vertreter der KLAX gGmbH betonten wiederholt, dass sie diese Umbauten zur Konzeptumsetzung als unabweisbar notwendig erachten.

Der Vorsitzende stellt noch einmal fest, dass der JHA nicht Bauherr sei und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen habe, dass die Kita Trägerneutral gebaut werden soll. Ebenfalls hat Hr. Karnetzki den Eindruck, dass den Trägern die Bauplanung bekannt war.

Fr. Otto erklärt ergänzend, dass den Bewerbern Anfang Oktober 2000 die Raumplanung etc. bekannt gegeben und diese auf Grund dieser Bauplanung gefragt wurden, ob sie die Bewerbungen weiterhin aufrecht erhalten wollen. Bis November 2000 wurden von den Bewerbern Einwände nicht erhoben. Daraufhin wurde die Baugenehmigung beantragt und im März 2001 erteilt.

Fr. Berning merkt an, dass die Träger erst zu einem späteren Zeitpunkt von ihrer Auswahl durch den JHA, erfahren haben.

KLAX erklärt hierzu, dass sie erst im Dezember 2000 erfahren haben, dass sie als Träger ausgewählt wurden. 1999 hätten sie von der Bundesbaubehörde eine Vorplanung für den Bau der Kita erhalten und im Juni 2001 den fertiggestellten Genehmigungsplan. Hr. Zweck von der Bundesbaubehörde habe KLAX erst im Jahr 2003 darüber informiert, dass die Baugenehmigung bereits erteilt sei.

Fr. Kindler, wie auch der Vorsitzende, erfragen bei den KLAX-Vertretern, was passiert wenn die Kita nicht nach den Vorstellungen/Plänen von KLAX gGmbH gebaut wird. Die Vertreter von KLAX geben bekannt, dass sie weiterhin davon ausgehen, die von ihnen gewünschten Änderungen würden realisiert. Dies wird von einer Äußerung von Herrn Zweck untermauert, der gesagt haben soll, dass Änderungen nur auf Veranlassung des Bezirksamtes vertreten durch das Jugendamt vorgenommen werden können und leiten daraus ab, das Jugendamt verhindere die Umbauten.

Fr. Otto ergänzt, dass der JHA teil des Jugendamtes ist und mit dem Beschluss aus der letzten Sitzung eine Entscheidung getroffen hat. Der Bauherr hat dem Jugendamt dargelegt, dass bei einem Umbau Kosten entstehen werden der er nicht zu tragen bereit sei, außerdem Neupla-

nung erforderlich wäre, neue Anträge gestellt werden müssen und mit hoher Wahrscheinlichkeit der Bau der Kita in Verzug gerät. Außerdem besteht dann auch die Gefahr, dass bei der momentanen Haushaltslage die Kita nicht gebaut wird. Fr. Otto teilte mit, dass für sie nach dem Gespräch mit KLAX im Sommer 2003, in dem alle diese Punkte bereits besprochen waren, ein Konsens erzielt worden sei und spricht ihr Bedauern darüber aus, dass man jetzt wieder am gleichen Punkt stehe. Hr. Müller von KLAX wiederholt seine Auffassung, dass der Bezirk Leistungsempfänger sei und mit dem Bund in Verhandlungen treten könne, um die gewünschten Änderungen zu erreichen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es aus dem Ausschuss keine neuen Anträge zum Thema gebe und dass darum der Beschluss des JHA vom 04.05.2004 unverändert gültig sei. Der Beschluss setzte eine Frist bis zum 31.05.2004. Hr. Müller bittet den JHA, zwecks Entscheidung, ob KLAX die Kita auf der vorliegenden Bauplanung betreibt oder nicht, um 3 Wochen Fristverlängerung bis die Geschäftsführerin wieder zugegen ist.

Fr. Otto erwidert, dass bereits mehrere Fristen abgelaufen sind und der Bau der Kita weiterhin zügig vorangetrieben wird, auch ohne die geforderte und bislang ausstehende Antwort von KLAX. Die Fristverlängerung wird dennoch gewährt.

TOP 5: Berichte der AG'en gem. § 78 SGB VIII

- **Kinder- und Jugendarbeit**
Keine Sprecher/innen anwesend.
- **Tagesbetreuung von Kindern (Kita)**
Kein neuer Stand zu berichten.
- **Psychosoziale Dienste**
Keine Sprecher/innen anwesend.
- **Familienunterstützende Hilfen (FuH)**
Es gibt z. Zt. nichts neues zu berichten.

TOP 5a: Kinder- und Jugendbüro Bericht über den derzeitigen Stand

Es stellt sich Fr. Viola Bruskowski, die als neue Mitarbeiterin des Kinder- und Jugendbüros ihre Tätigkeit am 01.04.2004 aufgenommen hat, vor. Ihre Vorgängerin Fr. Rebekka Bendig wechselte zur "Berliner Drehscheibe für Kinderpolitik".

Nach einführenden Worten zu ihrer Person stellt Fr. Bruskowski die Projektplanung des Kinder- und Jugendbüros vor, unter anderem auch die Veranstaltung des Fischtales am 29.08.2004, die Beteiligung am Weltkindertag in Potsdam, die Weiterentwicklung des Kinderstadtplans und Motivationsformen für Jugendliche, zur Übernahme politischer Verantwortung (z.B. Workshops, die ihre Ergebnisse in die BVV oder in das Abgeordnetenhaus transportieren).

Mehr zu den Projekten und der Arbeit des Kinder- und Jugendbüros können unter www.kijub-berlin.de eingesehen werden.

Der Vorsitzende wünscht im Namen des JHA viel Glück und Erfolg für die neu aufgenommene und zukünftige Arbeit.

TOP 6: Drs. 1192/II FDP/CDU Betreuungsstandards der Horte beim Übergang an Schulen erhalten.

Fr. Sunkel ergänzt zum Antrag, dass wenn die Horte an die Schulen übertragen werden, die bestehende Raumkapazitäten pro Kind $4,5 \text{ m}^2$, wie im Kitagesetz vorgeschrieben, erhalten bleiben sollen. Z. Zt. sind ca. 3 m^2 pro Kind an Schulen vorgesehen. In anderen Bezirken wurden sogar nur $0,7 \text{ m}^2$ pro Kind an Schulen errechnet. Der Senat solle aufgefordert werden, das Raumangebot für Horte an Schulen im gleichen Rahmen wie in Horten an Kitas sicherzustellen. Fr. Otto stimmt in der Sache zu und findet, dass der bisherige Mindeststandard für Kitas auch an Schulen sichergestellt werden muß, fände es allerdings noch besser den Maximalstandard zu erreichen. Fr. Krohm schließt sich Fr. Otto an, und fügt hinzu, dass im Bildungsausschuss eine Doppelnutzung der Räume bejaht wurde. Fr. Berning lehnt $0,7 \text{ m}^2$ Platzangebot pro Kind, sowie auch die Doppelnutzung der Räume.

Hr. Karnetzki ergänzt den vorliegenden Antrag um den Ausschluß der Doppelnutzung ab.

Der Antrag wird mit folgendem Text einstimmig beschlossen.

"Die BVV möge beschliessen:

Das Bezirksamt wird ersucht, bei der Raumplanung für den Hortbetrieb im Rahmen der schulischen Ganztagsbetreuung die geltenden Mindeststandards des Kitagesetzes beizubehalten und dabei eine Doppelnutzung der Klassenräume auszuschliessen."

TOP 7: Drs. 1132/II BV Wagner (fraktionslos) Ein Konzept für die Leistikow-Schule

Fr. Wagner erläutert die Probleme an der Leistikow-Schule, insbesondere die fast tägl. dort stattfindenden Schlägereien und häufige Polizeipräsenz. Für das kommende Schuljahr liegen nur 6 Anmeldungen für diese Schule aus dem Bezirk vor. Die anderen Schüler/innen werden aus anderen Bezirken zugewiesen. Die vorhandene Schulstation war anfänglich mit zwei Ganztagsstellen besetzt, jetzt lediglich mit zwei $\frac{3}{4}$ -Stellen. Es entsteht der Eindruck, dass erst dann etwas unternommen wird, wenn etwas passiert ist. Der kürzlich einberufenen Schulzirkel hat zwar eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Wann mit einer Umsetzung zu rechnen sei, wäre nicht abzusehen. Ein längerfristiger Vertrag mit dem Träger der Jugendhilfe zum Erhalt der Schulstation wäre hilfreicher, als nur von Jahr zu Jahr.

Fr. Otto erklärt zunächst, dass es grundsätzlich zur Aufrechterhaltung der Schulstationen des Bezirks erforderlich war die 2 Ganztagsstellen auf 1 $\frac{1}{2}$ -Stellen zu verändern. Fr. Biermann ergänzt, dass für das Konzept und das pädagogische Personal der Schulen SenSchul zuständig ist und der Schulträger für Hausmeister, Sekretärin, Lernmittel und Gebäude. Der Schulzirkel ist eine Expert/innenrunde und als Unterstützung für die Schulleitung gedacht. Die Beschlüsse, die dort gefasst werden, sind Empfehlungen und müssen die Akzeptanz der Schulleitung erfahren. Nur so sind Veränderungen zu erreichen. Ein Erschwernis an dieser Schule sei eben, dass ein Großteil der Schüler/innen nicht im Bezirk wohnen und daher auch nicht im Sozialraum anzubinden sind.

Fr. Berning sagt, dass die CDU diesen Antrag aufgrund der dort beabsichtigten Bevormundung ablehnt, da nach § 7 des Schulgesetzes die Schulen eigenverantwortlich tätig sind. Hr. Plappert führt aus, dass nicht nur die eine Schulstation erhalten werden müsse, sondern die anderen 12 im Bezirk ebenfalls.

Fr. Wagner stellt fest, dass sie noch nicht umfassend recherchiert habe und bat um Rückstellung ihres Antrages.

TOP 9: Nachfragen zum Vertrag Stadtteilzentren

(Der Vertrag lag den Mitgliedern ohne Kenntnis des 1. Rahmenvertrages vor. Dieser 1. Rahmenvertrag wurde zwischen der Senatsverwaltung für Soziales und Gesundheit und den Trägern der Nachbarschaftszentren ohne Beteiligung der Bezirke abgeschlossen.)

Hr. Rolle merkt an, dass es sich hier um einen Folgevertrag handelt und würde gern eine Information erhalten, worauf dieser Vertrag basiert. Fr. Hübner die den gesamten Vorlaut kennt erläutert entsprechend die Grundlagen, sowie Sinn und Zweck dieses Vertrages. Unter anderem weist sie darauf hin, dass zuvor andere Träger die Vertragspartner der Senatsverwaltung waren und die Träger sich diesmal darauf geeinigt haben, dass der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband als Vertragspartner für alle Träger tätig ist, da dies als stärkere Interessenvertretung bewertet wurde. An der Vertragsgestaltung war diesmal die Bezirksebene im Kooperationsgremium durch eine/n Stadträtin/Stadtrat für Soziales und eine/n Stadträtin/Stadtrat für Jugend vertreten. Hr. Rolle ist der Meinung, dass der Folgevertrag zur Beurteilung der Sachlage nicht ausreichend betrachtet werden kann. Man müsste, allein schon wegen der Verweise im Folgevertrag auf andere Verträge, das gesamte Vertragswerk vorliegen haben. Fr. Otto erklärt den Vorteil des Folgevertrages nämlich, dass damit die Stadtteilzentren stärker im Bezirk eingebunden werden als dies durch den ersten Vertrag der Fall war.

TOP 10: Wirkungsanalyse Schulstation

Der TOP wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 12: Berichte aus den UAG's

- a) Hilfen zur Erziehung
- b) Kindertagesstätten

Der Vorsitzende merkt an, dass zukünftig unter "c" auch wieder die UAG Kinder- und Jugendarbeit Bericht erstattet.

Zu a) Hr. Rolle berichtet, dass noch keine neuen Infos vorliegen.

Zu b) Fr. Kühn berichtet, dass die UAG sich am 10.06.2004 treffen wird und die Auswertung des Konzeptes Hort an Schulen diskutieren wird.

TOP 13: Bericht aus der Verwaltung

Fr. Kindler fragt, ob es möglich ist den Bericht der Verwaltung bereits mit den Einladungen zu versenden. Fr. Biermann antwortet, dass momentan der Bericht der Verwaltung immer am Donnerstag vor der JHA-Sitzung vorliegt aber es kein Problem ist, diesen zukünftig vorher fertig zu stellen und dann zusammen mit der Einladung zu versenden.

0. Jugendamt - Allgemeines

0.1 Die **Haushaltsabweichungen** bis 31.05.04 werden dem Protokoll beigefügt.

1. Regionaler Dienst A

1.1 Die Regionale AG nach § 78 SGB VIII der Region A wird am 16.06.2004 stattfinden.
Ort: DRK Berlin, Haus der Familie, Düppelstr. 36, 12163 Berlin. Beginn: voraussichtlich 10:00 Uhr

2. Regionaler Dienst B

2.1 Die **Kooperationsvereinbarung für den gemeinsamen Betrieb** des Kinder- und Jugendfreizeitheimes Theodor-Fontane **ist zur Zeit im Mitzeichnungsverfahren. Die Vereinbarung soll ab 1.06.2004 bis 30.06.2006 gelten.**

2.2. Die personelle Situation im RSD B ist derzeit sehr angespannt. Die Leitung ist für einen längeren Zeitraum erkrankt. Eine ½ Sozialarbeiter/innenstelle ist immer noch nicht besetzt und eine Mitarbeiterin wird zum 01.07.2004 in den Sozialpsychiatrischen Dienst versetzt. Zur Zeit laufen Bewerbungsgespräche mit Mitarbeiter/innen aus dem JAW.

Die personelle Situation in der Amtsvormundschaft/Kindschaftsrechtliche Beratung (AV/KB) ist durch den Weggang einer Vormünderin angespannt.

3. Regionaler Dienst C

3.1 Die **Vereinbarung zur Jugendarbeit im Jugendhaus am Buschgraben** läuft Ende August aus und wird im Einvernehmen mit dem Superintendenten des Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf nicht verlängert. Da Mittel für eine sachgerechte Personalausstattung der Einrichtung nicht zur Verfügung stehen und auch Zustand des Gebäudes nicht verbessert werden konnte, ist eine kontinuierliche Arbeit nicht mehr möglich und die Weiterführung nicht vertretbar. Die Besucher/innen der Einrichtung werden durch andere Stadtteilangebote (Sportattack, Floyd, KBH) aufgefangen.

3.2. Das **Jugendcafé Imitsch** veranstaltet am 12.06.2004 eine Geschichtswerkstatt zum Thema „Vergangenheit geht immer bis jetzt“. Auf dem Programm steht auch der Besuch der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen.

3.3 In Zehlendorf-Süd war festzustellen, dass in dieser Wohngegend verstärkt wieder dort jugendliche Cliquen auffällig werden. Deshalb wird ab dem 01.06.2004 ein entsprechendes **Streetworkprojekt für „vagabundierende“ Jugendliche** eingerichtet. Ziel ist die Präsenz von Sozialarbeiter auch in den späten Abendstunden, hauptsächlich auch an Wochenenden, um eine Anbindung der jungen Menschen an vorhandene Einrichtungen zu erreichen.

3.4 Die inhaltliche Arbeit an **der regionalen Konzeption der Einrichtungen der Jugendarbeit in der Region C** ist nunmehr beendet. Die Konzeption soll Mitte Juni veröffentlicht werden. Dieses Konzept wurde gemeinsam von den Einrichtungen des öffentlichen Trägers und der freien Träger entwickelt.

4. Regionaler Dienst D

4.1 Im **HDJ Zehlendorf** hat, dank der Finanzierung durch den Förderverein Haus der Jugend Zehlendorf e.V., die **Premiere** der neuen Inszenierung des Theaterprojektes „Der Grosse Frieden“ am 21.05.2004 stattgefunden. Weitere Vorstellungen sind Fr, So, Mi um 20.00 Uhr, bis einschließlich Mi den 23.06.2004.

Weitere Veranstaltungen des HDJ im Juni sind der Homepage zu entnehmen.

4.2. Die **JFE der Region D** haben, entsprechend dem Modellprojekt Qualitätsentwicklung der Berliner Jugendarbeit, der Umsetzung des Inhaltes des Handbuchs Qualitätsmanagement begonnen.

4.3. Im **RSD D** ist seit 17.05.2004 eine vom JAW abgeordnete eine Sozialarbeiterin tätig.

5. Fachbereich Jugendförderung

5.1. Für den Betrieb des Jugendgruppenhauses in der Potsdamer Chaussee laufen zur Zeit die Kooperationsverhandlungen mit dem VJB Zehlendorf e.V.

6. Fachbereich Kindertagesbetreuung

6.1. In der Nacht vom 14. zum 15.05.2004 brach in den vom John-F.-Kennedy-Friendship-Center genutzten Räumen im Zehlendorfer Reha-Zentrum ein Brand aus. Die von dem auf dem Gelände wohnenden Hausmeister gerufene Feuerwehr konnte den Brand schnell löschen, jedoch sind die Räume durch Rauch und Hitze einwirkung erheblich beschädigt und können nicht genutzt werden. Das John-F.Kennedy-

Friendship-Center betreut gegenwärtig seine 40 Hortkinder in einem von der John-F.-Kennedy-Schule zur Verfügung gestellten Raum, weitere 15 Elementarkinder in seiner Filiale Von-Luck-Straße. Räume der neben dem Friendship-Center liegenden städtischen Kita im Reha-Zentrum wurden ebenfalls beschädigt, jedoch kann die Betreuung der Kinder dort weiter geführt werden. Die Polizei hat ihre Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, so dass über die Brandursache noch nichts gesagt werden kann.

7 Fachbereich 5 - Jugendausbildungszentrum

7.1 Im JAZ ist am 09.06.2004 **Tag der offenen Tür**. Alle JHA-Mitglieder sind eingeladen.

TOP 14: Verschiedenes

Fr. Biermann fragt, ob die erste JHA-Sitzung nach der Sommerpause am 10.08.04 stattfinden wird oder nicht. Hr. Karnetzki bestätigt den 10.08.2004.

Vorsitzender :	BV Karnetzki
Schriftführerin :	Fr. Röttger
Protokoll :	Hr. Schaale

JugCon1/V

Wesentliche Abweichungen im Haushaltsvollzug 2004, bis 31.05.2004

Veränderungen gegenüber des letzten Berichts sind Fett gedruckt!

(+/- 5.000 € bei den Kapiteln 40 00 bis 40 45, 40 82 und 40 95 - ohne Z-Titel und ehemaligen Z-Titeln sowie Grundstücksbewirtschaftungskosten - , die Begründung ist jeweils bei dem abgebenden Titel vermerkt)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz	Zugang Abgang	Z A	Erläuterungen
4042	67142	Vollzeitpflege in Familien nach dem KJHG	2.500.000	35.000,00	A	Umstellung der familiären Bereitschaftspflege gem. Buchungsvorgabe SenJug (Personenkreiszuordnungsliste)
4042	67145	Sozialpädagogische Krisenintervention nach Inobhutnahme nach dem KJHG	40.000	35.000,00	Z	s.o.
4042	67153	Psychotherapien für seelisch Behinderte nach dem KJHG	520.000	520.000,00	A	Umsetzung des gesamten Ansatzes da lt. Schreiben SenJug v. 04.12.03 die Aufgaben bei 4042/ 67158/ 173 nachzuweisen ist.
4042	67182	Psychotherapien nach dem KJHG	830.000	830.000,00	A	Umsetzung des gesamten Ansatzes da lt. Schreiben SenJug v. 04.12.03 die Aufgaben bei 4042/ 67158/ 176 nachzuweisen ist.
4042	67158	Pädagogisch-therapeutische Leistungen nach dem KJHG	500.000	1.350.000,00	Z	s.o.
4040	67154	Sozialpädagogische Hilfen in Ausbildungsprojekten nach dem KJHG	1.200.000	100.000,00	A	Umsetzung da sich die Fallzahlen für alleinstehende Mütter ungefähr verdreifacht haben; Lt. Prognose wird der Ansatz bei 4040/671 54 nicht voll ausgeschöpft werden
4040	671 23	Unterbringung in besonderen Lebenslagen außerhalb der Hilfe zur Erziehung	200.000	100.000,00	Z	s.o.; Ansatz bereits vollständig ausgeschöpft